

Artikel drucken

WELT ONLINE

13:47 | GELEBTE DEMOKRATIE

## Selbstbewusste Bürger zwingen Politik in die Knie

Sie machen gegen Stuttgart 21 mobil, kippen die Schulreform in Hamburg. Stoppen sie jetzt auch die deutsche Atomlobby?

### Atomstromlieferanten der Bundesrepublik



FOTO: DPA

In Deutschland läuft die Debatte um die Abkehr vom Atomausstieg. Bis etwa 2020 sollen hierzulande - bisher - alle Meiler abgeschaltet werden. Wir zeigen die deutschen Atomkraftwerke. Zum Beispiel Biblis in Hessen: Kernkraftwerke gibt es in Deutschland bereits seit 1960, das erste Versuchskraftwerk wurde damals von der Firma AEG gebaut.

Von Günther Lachmann

In den vergangenen Jahren haben Affären, gebrochene Wahlversprechen und öffentlich ausgetragene persönliche Auseinandersetzungen das Ansehen der deutschen Politik schwer geschädigt. Ihre Autorität und damit ihre Entscheidungssouveränität blieb bislang jedoch weitgehend erhalten.

Inzwischen gerät aber auch diese zunehmend in Gefahr. Denn politische Entscheidungen werden nicht nur angezweifelt, sie werden sogar erfolgreich bekämpft und etwa durch Volksentscheide revidiert. In Hamburg kippten Bürger eine von den regierenden Parteien geplante Schulreform, in Bayern erstritten sie gegen den Willen der Politik ein strenges Rauchverbot. In beiden Fällen verkannte die Politik die wahren Interessen der Bürger, die sich daraufhin selbst organisierten. In Hamburg und Bayern setzten sie ihre Vorstellungen vom Gemeinwohl schließlich mit Hilfe der aus den öffentlichen Protesten hervorgegangenen Volksabstimmungen durch und erschütterten das parteipolitisch organisierte System der Bundesrepublik nicht unerheblich.

In Stuttgart könnte es nun zu einer weiteren schweren Niederlage der Politik kommen. Dort wollen tausende Bürger den Umbau des Hauptbahnhofs verhindern. Das sogenannte Projekt Stuttgart 21 ist ihnen erstens zu teuer, zweitens zweifeln sie an seiner Praktikabilität. Seit Tagen erhalten die Bürger, die die Bagger am Abriss des Bahnhofsnordflügels hindern, weiteren Zulauf.

Die Aktionen in Bayern, Hamburg und Stuttgart sind urdemokratische Reflexe gegen ein parteipolitisch organisiertes parlamentarisches System, bei dem der Dialog zwischen Parlament und Gesellschaft nicht mehr funktioniert. Das Volk und diejenigen, die es regieren bzw. regieren wollen, sind sich fremd geworden. Es gab eine Entwicklung, in deren Folge die Lebenswirklichkeit von den Parteien und ihren Fraktionen anders wahrgenommen wird als von der Gesellschaft.

In ihren Abgeordnetenbüros haben die Parlamentarier ständigen Kontakt zu Lobbyisten aus allen Bereichen der Wirtschaft, von Berufsverbänden und anderen Institutionen. Den Menschen in ihrem Wahlkreis begegnen sie nur alle paar Wochen einmal.

Schon vor der parlamentarischen Sommerpause liefen ihnen die Vertreter der Atomlobby die Türen ein. Anlass ist die im September anstehende Entscheidung der Bundesregierung über die künftige Energiepolitik im Land. Da wollen die Vertreter der Kernenergie unter anderem eine Verlängerung der Laufzeit älterer Kraftwerke durchsetzen.

#### BUCH-TIPP



Portofrei bestellen:  
"Unser Jahrhundert"  
von **Helmut Schmidt**  
und **Fritz Stern**

#### ANZEIGE

Welche Bedeutung die Atomindustrie der Entscheidung im September beimisst, belegt eine in den kommenden Tagen startende Kampagne mit dem Ziel, die Energiepolitik der Bundesregierung noch im Prozess der Entscheidungsfindung im Sinne der eigenen Interessen zu lenken. Es geht darum, die Folgen der historischen Niederlage vom Dezember 2001, als der Bundestag mit den Stimmen von SPD und Grünen den Atomausstieg beschloss, zu beseitigen.

### Der komplizierte Weg zum Atomkompromiss

Die geplante Verlängerung der Atomlaufzeiten hält die deutsche Politik derzeit in Atem. Verantwortlich dafür ist nicht nur der ideologische Richtungsstreit zwischen und in den Parteien über die zivile Nutzung der Nuklearenergie. Erschwert wird eine

Entscheidung dadurch, dass die Laufzeitverlängerung mit vielen verschiedenen Fragen verknüpft ist. Ein Überblick:

Zu diesem Zweck suchten sich die Energiekonzerne namhafte Mitstreiter. So wurde der Aufruf unter der Überschrift „Mut und Realismus für Deutschlands Energiezukunft“ neben den Chefs der vier großen Energiekonzerne, Johannes Teyssen (E.on), Jürgen Großmann (RWE), Hans-Peter Villis (EnBW) und Tuomo Hatakka (Vattenfall) unter anderem vom Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Josef Ackermann, von Bayer-Chef Werner Wenning und dem Thyssen-Krupp-Vorstand Ekkehard Schulz unterzeichnet. Ihnen wiederum schlossen sich ehemalige Politikgrößen wie Friedrich Merz, Otto Schily und Wolfgang Clement an. Zumindest die Unterschrift der beiden Letztgenannten ist überraschend, haben sie doch, wenn auch widerwillig, damals den Atomausstieg mitgetragen.

Wie die Bürgerproteste in Hamburg, Bayern und Stuttgart ist die konzertierte Aktion der Atomlobbyisten ein massiver Angriff auf die Politik. Doch anders als in Hamburg, Bayern und Stuttgart ist das Vorgehen der deutschen Wirtschaftsführer nicht Ausdruck eines in der Gesellschaft tief verankerten politischen Konsenses, den Regierende und Parlamentarier missachteten. Er richtet sich im Gegenteil gegen einen solchen gesellschaftlichen Konsens und ist einzig und allein Ausdruck handfester wirtschaftlicher Interessen.

### Eine Physikerin besucht die Energie



FOTO: DDP/DDP

Merkels Energiereise, Tag 2: Die Kanzlerin, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD, r.) und der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) besuchten die Strombörse in Leipzig.

Erst im Juni wurde dem Deutschen Atomforum in einer von ihm selbst beim Meinungsforschungsinstitut Emnid in Auftrag gegebenen Umfrage erneut die ablehnende Haltung der Deutschen gegenüber der Kernenergie bescheinigt. Darin sagten 50 Prozent der Befragten, sie seien gegen die Atomenergie. Bei der Frage, welche Energieträger die Stromversorgung in den kommenden Jahren „im Wesentlichen sichern“ können, erhielt die Solarenergie mit 69 Prozent den höchsten Zustimmungswert, gefolgt von der Windenergie mit 66 Prozent und der Wasserkraft mit 44 Prozent. Die Atomenergie folgten mit 30 Prozent Zustimmung auf Rang vier.

Anders als die gescheiterte Schulpolitik in Hamburg, als das umstrittene Bahnprojekt in Stuttgart und die Nichtraucherpolitik in Bayern basiert der Atomausstieg auf dem Willen einer klaren Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Obwohl das Land in den 1970-iger Jahren unter einer Energiekrise litt, wuchsen die Zweifel an der Kernenergie. Auch damals ignorierte die Politik die Interessen der Bürger, was letztlich zur Gründung der Partei „Die Grünen“ und schließlich 2001 zum Ausstieg aus dieser Politik führte.

In einer Phase, in der die Politik viel Vertrauen der Menschen verspielt hat, sind die Proteste in Stuttgart und die Volksentscheide in Hamburg und Bayern ermutigende Signale aus einer Gesellschaft, die für ihr demokratisches Recht der Selbstbestimmung kämpft. Das beharrliche Engagement der Bürger dort sollte allen Demokraten neuen Mut machen, die an der fehlenden Sensibilität der Parteien für gesellschaftliche Befindlichkeiten und der Ignoranz ihrer parlamentarischen Vertreter verzweifeln.

Aus vielerlei Gründen gerät die Politik zurzeit von vielen Seiten unter Druck. Man kann nur hoffen, dass sie daraus die richtigen Schlüsse zieht und nicht weiterhin unnötig ihre Autorität riskiert.

**Über dieses Thema auf dem Laufenden bleiben**

[Infos](#) und [Login](#) zum Themen-Alarm per SMS und PDF

[Infos](#) und [Bestellen der Newsletter](#) von WELT ONLINE